

Karl Georg Zinn¹

Renaissance des Keynesianismus – Keynesianische Wirtschaftspolitik gegen die Krise unter heutigen Bedingungen

(Vortrag am Dienstag, 5. Jänner 2010, in Bad Leonfelden / Neujahrseminar des „Arbeitskreis´ Dr. Benedikt Kautsky)

Das Thema verweist grob auf zwei eigenständige, wenn auch zusammenhängende Fragestellungen:

1. stellt sich Frage, ob es infolge der gegenwärtigen, großen Krise überhaupt zu einer Renaissance des Keynesianismus kommen wird oder ob der Name Keynes lediglich der legitimierenden Reputation für beliebige Staatsinterventionen dient, die gegebenenfalls sogar im Widerspruch zur Keynesschen Theorie und Wirtschaftspolitik stehen. Es versteht sich, dass eine Antwort auf diese Frage zu klären voraussetzt, was unter Keynesianismus verstanden wird und verstanden werden sollte. Es gibt nämlich eine Vielzahl keynesianischer Strömungen, also mehr oder weniger unterschiedliche Interpretationen des Keynesschen Werks. Zudem ist festzustellen, dass wichtige Teile der Keynesschen Theorie ausgeblendet wurden, nämlich gerade die für die jüngere Vergangenheit und Gegenwart besonders bedeutungsvollen Überlegungen Keynes´ zur langfristigen Perspektive von Wachstum bzw. Akkumulation hoch entwickelter kapitalistischer Wirtschaftssysteme.
2. ist zu fragen, ob und wie weit das gegenwärtig praktizierte in sich mehr oder weniger widersprüchliche Sammelsurium staatsinterventionistischer Maßnahmen den aktuellen Gegebenheiten der Krise gerecht wird und es sich dabei um eine Anwendung der Keynesschen Konzeption handelt. Die Keynessche Theorie anwenden, heißt mehr, als einige Staatseingriffe zwecks Rettung von Banken und ausgewählten Unternehmen vorzunehmen, Verluste zu sozialisieren, struktur- und umweltpolitisch problematische Notstands-Subventionen zu zahlen und die steuerpolitische Umverteilung von unten nach oben fortzusetzen. Die Keynessche Theorie lediglich als Steinbruch zu benutzen und die Brocken mit anti-keynesianischen staatlichen Aktivitäten zu kombinieren, ergibt nicht einmal so etwas wie Pseudo-Keynesianismus, sondern bedeutet die Fortsetzung einer verfehlten Politik unter einem anderen, erschlichenen Namen. - Wenn von den „heutigen Bedingungen“ die Rede ist, so stehen zwar die unmittelbar der Wirtschaftskrise zurechenbaren Probleme des Finanzsektors, der Produktionsunternehmen, der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen im Vordergrund, und die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf diese akuten Nöte. Jedoch wäre es fatal, hierbei die planetarische Megakrise auszublenden oder gar Notstandsmaßnahmen im weiten Sinn zu ergreifen, die kontraproduktiv bezüglich Klimaziel, Umweltschutz, Ressourcenschonung und dergleichen wären. Vielmehr bedarf es einer sozusagen integrierten Krisenpolitik. Überwindung der Wirtschaftskrise als Beitrag zur Bewältigung der ökologischen Megakrise.

Die beiden Fragestellungen bestimmen den Aufbau der folgenden Überlegungen. Im ersten Teil stehen Keynes und der Keynesianismus im Mittelpunkt. Der zweite Teil

1 Karl Georg Zinn, geb. 1939, emeritierter Hochschullehrer der Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

befasst sich mit der Krisenentstehung und den wirtschaftspolitischen Reaktionen. - Doch hier sei noch eine allgemeine Vorbemerkung zum historischen Verständnis der Ökonomie eingeschoben. Das Thema betont zwar die aktuelle Perspektive und hebt auf die „heutigen Bedingungen“ ab, aber im Sinn des Diktums „keine Zukunft ohne Herkunft“ würde eine zu enge chronozentristische Beschränkung auf die unmittelbaren Gegenwartsphänomene eine zukunftsorientierte Gegenwartsbeurteilung behindern. Es gehört gerade zu den gravierenden Fehlentwicklungen der Nationalökonomie der vergangenen Jahrzehnte, sich von der einst als unabdingbar verstandenen historischen Sicht auf ihr Erkenntnisobjekt verabschiedet zu haben. Diese Geschichtsvergessenheit der neueren Ökonomik ist nicht mit dem Keyneschen Ökonomie-Verständnis verträglich. Denn Keynes sah seine Wissenschaft eher in der Nähe historischen als mathematisch-naturwissenschaftlichen Denkens. Im Folgenden wird deshalb wiederkehrend im historischen Rückblick auf die jeweilige Vorgeschichte heutiger Bedingungen einzugehen sein, um ihre Pfadabhängigkeit zu verdeutlichen.

Dieser Vorbemerkung sei noch der Hinweis angefügt, dass im Folgenden kein detaillierter Katalog wirtschaftspolitischer Handlungsanweisungen geboten wird, wie er sich inzwischen in einigen recht aufschlussreichen Publikationen findet (vgl. etwa Dullien/Herr/Kellermann, 2009, 217 ff.). Beabsichtigt wird vielmehr, die Keynesche Theorie zur Gegenwartsanalyse zu nutzen und die Theorie als eine Art Kompass für die Wirtschaftspolitik zu verwenden.

I. Keynes, Keynesianer und die Keynesianismen – Zur Unzulänglichkeit der bisherigen Keynes-Rezeption

Nachkriegskeynesianismus: die neoklassische Synthese

Die Keynes-Rezeption orientiert(e) sich vorwiegend an der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von 1936. Das ist verständlich, denn die „Allgemeine Theorie“ gilt als Keynes' „Hauptwerk“. Doch es füllt von den 29 Bänden der „Collected Writings“, der fast vollständigen Gesamtausgabe der Keyneschen Schriften, nur einen Band. Problematischer ist jedoch, dass die Hauptströmung der Keynes-Rezeption nicht einmal getreu dem Original folgte, sondern dem Aufsatz von John Richard Hicks aus dem Jahr 1937 über „Keynes und die Klassiker“ (Hicks, 1937). Hicks' elegante Kurzfassung der „Allgemeinen Theorie“ diente als Mustervorlage für die Keynes-Darstellungen in der verbreiteten Lehrbuchliteratur und bestimmte denn auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges das popularisierte Verständnis der Keyneschen Theorie, das sich im ML-IS-Modell erschöpfte (Barens/Caspari, 1994). Im deutschsprachigen Raum war es wohl vor allem das volkswirtschaftliche Lehrbuch von dem 2009 mit 93 Jahren verstorbenen Paul Anthony Samuelson, das die so genannte „Neoklassische Synthese“ - Joan Robinson bezeichnete sie als „Bastardkeynesianismus“ - als verbindliche Keynes-Interpretation vorstellte. In der Bundesrepublik Deutschland bürgerte sich die Bezeichnung „Globalsteuerung“ für jene Keynes-Version ein. Es bestand – und besteht wohl auch heute noch – die Vorstellung, es gehe darum, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf ein zur Vollbeschäftigung führendes Niveau zu bringen und dort zu halten. Die konjunkturellen Schwankungen ließen sich durch die antizyklische Fiskalpolitik glätten, vielleicht sogar ausschalten. Der konjunkturpolitische Optimismus schlug sich auch in dem 1967 in der Bundesrepublik Deutschland von der damaligen „Großen Koalition“ verabschiedeten „Stabilitätsgesetz“ (Gesetz zur Förderung der Stabilität und

des Wachstums der Wirtschaft) nieder. Leider fand das Gesetz keine praktische Anwendung, geschweige denn, dass eine Novellierung erfolgt wäre, als sich abzeichnete, dass die Zeit des starken Wachstumstrends endete. Die meisten Mainstream-Keynesianer von damals hegten die illusionäre Erwartung, die Konjunkturzyklen und damit überhaupt die Instabilität der kapitalistischen Entwicklung gehörten der Vergangenheit an und ewiges Wachstum wäre eine ausgemachte Sache. Der damalige Mainstream-Keynesianismus beging einen fundamentalen Fehler, indem die zwar für die kurzfristige Konjunktursteuerung geeignete antizyklische Politik auch als hinreichend für die Sicherung des langfristigen Vollbeschäftigungswachstums präsentiert wurde; womit implizit alle Krisentheorien und wachstumstheoretischen Bedenken als obsolet galten. Damit legte sich der Mainstream-Keynesianismus selbst die Augenbinde an, die den Blick auf die anlaufende Wachstumsretardierung versperrte. Geoffrey Barraclough bespöttelte 1977 diese Voreiligkeit, als er darauf hinwies, dass Keynes „... nicht wissen (konnte), dass (s)eine Kurzfrist-Therapie für chronischen Produktionsmangel und Arbeitslosigkeit zu einer magischen Langzeitformel für anhaltendes Wachstum umgemünzt wurde.“²

Die „selbst-ernannten“ (self-styled; Barraclough, 1977, 107) Keynesianer hatten übersehen, dass Keynesche Politik zum hohen Wachstum der drei ersten Nachkriegsjahrzehnte allenfalls einen ergänzenden Beitrag geleistet hatte, dass aber die wesentlichen Wachstumskräfte ganz anderer Art waren - Nachholbedarf nach Krieg und Großer Depression, zivile Anwendung des akkumulierten technologischen Know-hows sowie die Regeneration der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Hinzu traten die rüstungsbedingten Wachstumsstimuli - Korea-Krieg, Ost-West-Konflikt, Vietnam-Krieg sind einschlägige Stichworte. Die populäre Bezeichnung „Rüstungskeynesianismus“ verweist zwar darauf, dass massive Staatsausgaben jedweder Art Wachstum und Beschäftigung antreiben, aber Keynes hatte ganz andere Vorstellungen von einer vernünftigen Beschäftigungspolitik. Sein Ausblick auf die Nachkriegsentwicklung - ausführlicher wird darauf noch eingegangen - implizierte eine friedenswirtschaftliche Zukunft, in der letztlich hohe Wachstumsraten außer durch Verschwendung und Wertevernichtung gar nicht mehr erreicht werden könnten. Wie schon angedeutet, blieben die einschlägigen Keynes-Texte jedoch gleich einem unterirdischen Wasserlauf verborgen, während an der Oberfläche das Land auszutrocknen begann.

Das Ende des Mainstream-Keynesianismus und der Aufstieg des Neo-Laissez-faire

Nach Ende der Wiederaufbau-Jahrzehnte geriet der Mainstream-Keynesianismus in Verruf, als von den späten 1960er Jahren an mit der eskalierenden Dollar-Krise eine starke Inflationierung eintrat, zugleich aber die Wachstumsraten und damit auch die Beschäftigung deutlich absanken. Dieses Zusammentreffen von Wachstumsstagnation und Inflation, die Stagflation, bot den Anti-Keynesianern, namentlich den Monetaristen Friedman, Brunner et al., die Chance, den vorkeynesianischen Wirtschaftsliberalismus als Heilmittel gegen Inflation und Wachstumsschwäche wieder hoffähig zu machen. Bekanntlich war dieser nationalökonomischen Gegenrevolution lang anhaltender Erfolg beschieden. Es ist auch noch keineswegs ausgemacht, dass die gegenwärtige Krise dem Siegeszug, den der marktradikale Neoliberalismus während der vergangenen drei Jahrzehnte erlebte, bereits das Ende bereiten wird. Denn der September 2008 hat an den

2 Übersetzung KGZ. - „Nor could he know that a short-term remedy for a situation of chronic under-production and unemployment would be turned into a magic long-term formula for continuous growth.“ Siehe Barraclough, 1977, 104.

personellen und institutionellen Kontinuitäten kaum etwas verändert, und somit wird auch die ideologische Orientierung am Neoliberalismus nicht einfach verschwinden, sondern sich – wie gegenwärtig zu erkennen ist – lediglich tarnen.

Als Anfang der 1970er Jahre die Stagflation ruckbar wurde, fehlte den Mainstream-Keynesianern mangels hinreichenden Studiums ihres Meisters die Munition für eine wirksame Gegenoffensive auf den Angriff der Monetaristen bzw. der neoliberalen Angebotspolitik. Nicht wenige einstige Keynesianer wechselten schließlich sogar ins gegnerische Lager über, und neoliberalistisches Gedankengut infiltrierte die westeuropäische Sozialdemokratie, Teile der Gewerkschaften und das Bewusstsein vieler abhängig Beschäftigter. Als Antwort auf die monetaristische Gegenrevolution zum Keynesianismus bildeten sich dann zwar verschiedene keynesianische Strömungen heraus, die grob unter dem Begriff Postkeynesianismus zusammengefasst werden (Postkeynesianismus, 1987; Eichner, 1982), aber bis in die jüngste Vergangenheit fehlte es dem Postkeynesianismus an der breiten Resonanz – in der Wissenschaft, in der Politik und selbstverständlich auch in der Öffentlichkeit.

Gegenwärtig erscheint eine Spielart des Postkeynesianismus von besonderer Bedeutung – zumindest im deutschsprachigen Raum – nämlich der so genannte monetäre Keynesianismus. Seine Vertreter betonen, dass der Finanzmarkt den Gütermarkt und den Arbeitsmarkt dominiere. Deshalb ist auch der Ausdruck „Hierarchie der Märkte üblich“. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise gewinnt jene These von der Hierarchie der Märkte hohe Plausibilität. Wenn die Finanzmärkte dominant sind, so werden Finanzkrisen zwangsläufig auch zu realwirtschaftlichen Krisen. Deshalb erscheint die Stabilisierung, d. h. die Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte Vorrang zu haben. Doch davon ist die Politik noch weit entfernt, und es macht sich sogar wieder eine gewisse Nachlässigkeit breit (Stock, 2009). Die Keynessche Warnung aus der „Allgemeinen Theorie“ bleibt aktuell:

„Spekulanten mögen als Seifenblasen auf einem steten Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden“ (Keynes, 2006/1936, 135).

Die extreme Divergenz zwischen finanzkapitalistischer Spekulationsexplosion und schwachem realwirtschaftlichen Investitionswachstum bildete sich nicht von einem auf den anderen Tag heraus, sondern verlief über Jahrzehnte hinweg. Diese Peu-à-peu-Eskalation trübte einerseits die Aufmerksamkeit von Zentralbanken und Bankenaufsicht und brachte andererseits den kritischen Stimmen das Verdikt ein, viel Lärm um nichts zu machen. Dass jetzt rigoros umgesteuert würde, ist nicht mehr als eine vage Hoffnung, an der inzwischen in den Medien – selbst in kapitalfreundlichen – erhebliche Zweifel laut werden (Heilmann, 2009; Heusinger, 2009). Selbst die relativ harmlose Umsatzbesteuerung der Finanztransaktionen – bekannt als „Tobin-Steuer“, obgleich es sich um eine von Keynes bereits in der „Allgemeinen Theorie“ formulierte Empfehlung handelt³ – scheint auch jetzt noch keine einhellige Befürwortung seitens der Regierungen zu finden.

3 „Die Einführung einer beträchtlichen Umsatzsteuer auf alle Abschlüsse (auf den Finanzmärkten; KGZ) dürfte sich als die zweckmäßigste verfügbare Reform erweisen, um die Vorherrschaft der Spekulation über das Unternehmertum in den Vereinigten Staaten abzuschwächen.“ Siehe Keynes, 2006/1936, S. 136.

Gemeinsamkeiten keynesianischer Positionen

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der scheinbar alles überlagernden Finanzkrise gewinnt der monetäre Keynesianismus hohe Plausibilität. Unter anderen Bedingungen könnte sich aber auch eine andere Keynes-Version als zutreffender erweisen – insbesondere die Keynesische Stagnationstheorie, die in der realwirtschaftlichen Entwicklung, genauer: in der *relativen* Sättigung von Konsum und Investition, die wesentlichen Ursachen für Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit verankert sieht.

Hier soll und kann keine detaillierte Erörterung der verschiedenen Keynesianismen erfolgen, vielmehr geht es nur um die Verdeutlichung, dass sich verschiedene Interpretationen des Keynesischen Werkes finden. Allerdings bestehen trotz unterschiedlicher Präferenzen für einzelne Stockwerke im Keynesischen Theoriegebäude durch die differierenden postkeynesianischen Schulen doch wesentliche Gemeinsamkeiten – insbesondere in den wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen. Hierzu seien fünf besonders wichtige Punkte hervorgehoben:

1. Ein sich selbst überlassenes Marktsystem ruft extreme Instabilitäten hervor. Deshalb kann eine leidlich stabile Wirtschaftsentwicklung nur durch staatliche Regelungen, Kontrollen und sachgerechte Interventionen gewährleistet werden. Ein klares Ja zu Markt und Konkurrenz, aber ein ebenso klares Nein zu einem sich selbst überlassenen Marktmechanismus. Bereits 1926, also zehn Jahre vor Veröffentlichung der „Allgemeinen Theorie“, hatte Keynes in dem einschlägigen Aufsatz „Das Ende des Laissez-faire“ die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Unbrauchbarkeit, ja Schädlichkeit des wirtschaftsliberalistischen Anti-Interventionismus bloß gestellt (Keynes, 1972/1926). Diese Position wird wohl von allen Keynesianern bis heute geteilt.
2. Den wesentlichen Ansatzpunkt der Beschäftigungssicherung bildet die Nachfrageseite. Unterschiedliche Auffassungen bestehen hingegen darüber, welche Instrumente in welcher Kombination dafür eingesetzt werden sollen. Es liegt jedoch auf der Hand, dass hierbei keine universell gültige Rezeptur sinnvoll ist, sondern dass es auf die jeweiligen (historischen) Bedingungen ankommt.
3. Um eine die Vollbeschäftigung sichernde Nachfrageentwicklung auf Dauer zu gewährleisten, müssen allerdings die Massen- bzw. Konsumenteneinkommen entsprechend dem Produktivitätswachstum steigen; u. U. sogar etwas stärker als das Produktivitätswachstum, dann nämlich, wenn die auf dem Vollbeschäftigungsniveau anfallende (freiwillige) Ersparnis von den (freiwilligen) Investitionen nicht absorbiert wird. Für Keynes stellt eine sozial ausgeglichene Verteilung jedoch auch einen sozialetischen Selbstzweck dar, d. h. die Verteilungsfrage ist eben nicht nur unter engem beschäftigungspolitischem Aspekt relevant, sondern auch eine Frage des solidarischen Miteinanders einer Gesellschaft. Allerdings wurde die quasi moralphilosophische Seite der Keynesischen Theorie vom Mainstream-Keynesianismus von Anfang an übergangen. Die Kommentierung dieses Sachverhaltes durch Hyman P. Minsky in seiner Keynes-Monographie von 1975 dürfte auch noch der aktuellen Lage entsprechen: „Die Notwendigkeit einer Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt,

Gerechtigkeit und Gleichheit bei der Einkommensverteilung zu erreichen, blieb nicht nur unberücksichtigt, sondern wurde sozusagen auf den Kopf gestellt. Was Ende des Zweiten Weltkrieges an egalitären Neigungen in den Steuertabellen bestand, wurde sogar noch ausgedünnt. Vielleicht muss Keynes dahingehend ... ergänzt werden, dass der politische

Prozess jene Ideen selektiert, die mit den Interessen der Reichen und Mächtigen in Einklang stehen. ... Wenn Konservative Keynesianer sind, dann ist durchaus möglich, dass Steuer- und Ausgabenpolitik genutzt werden, um den Rentiers Leben einzuhauchen anstatt ihrem sanften Tod Vorschub zu leisten" (Minsky, 1990, 204).

4. Konjunkturelle Schwankungen lassen sich grundsätzlich durch antizyklische Politik mildern. Hierbei müssen Zentralbankpolitik und Finanzpolitik aufeinander abgestimmt werden. Es bestehen aber Asymmetrien. Staatsausgaben-Variationen gelten im Rahmen expansiver antizyklischer Politik als wirkungsvoller – sowohl als geldpolitische Maßnahmen als auch als Steuersenkungen, deren Nachfrageeffekte gerade in einer Krise unsicher sind. Zur Inflationsbekämpfung, also für kontraktive Maßnahmen, erscheint hingegen die Geldpolitik besser geeignet zu sein als die Finanzpolitik. Hierzu Keynes aus der „Allgemeinen Theorie“: „Ich selbst bin

einigermaßen zweifelnd geworden über den Erfolg einer lediglich monetären Politik, die darauf abzielt, den Zinssatz zu beeinflussen. Ich bin darauf gefasst, daß der Staat, der die Grenzleistungsfähigkeit der Kapitalgüter auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Wohls berechnen kann, eine immer wachsende Verantwortung für die unmittelbare Organisation der Investitionen übernehmen wird. Denn es ist wahrscheinlich, daß die Schwankungen in der Marktbewertung der Grenzleistungsfähigkeit verschiedener Arten von Kapital ... zu groß sein werden, als daß sie durch irgendwelche durchführbaren Änderungen im Zinssatz ausgeglichen werden könnten" (Keynes, 206/1936, 139).

5. Es sollte kein Export- bzw. Leistungsbilanzüberschuss als kompensierende Größe für fehlende Nachfrage am Binnenmarkt angestrebt werden – jedenfalls nicht über einen längeren Zeitraum. Denn dies bedeutet unfairen Export von Arbeitslosigkeit (beggar my neighbour policy) und führt zu einer ungesunden Abhängigkeit der Binnenwirtschaft von der Auslandskonjunktur.

Die zunehmende Zahl an aktuellen Wortmeldungen von Keynesianern und Postkeynesianern kann mit Blick auf die Krise nicht überraschen. Es fällt allerdings auf, dass dabei mit wenigen Ausnahmen die alten Rezeptionsdefizite keineswegs beseitigt werden, ja nicht einmal bewusst sind. Ich meine damit die Ausblendung sowohl von Keynes' Langfristanalyse des Kapitalismus als auch seiner sozialetischen Postulate. An dieser Stelle sei jedoch das Schwergewicht auf Keynes' Langfristanalyse gelegt, und auch sie kann hier nur knapp referiert werden.

Keynes war kein Wachstumsfetischist: Keynes' Stagnations-Prognose für die hoch entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften

Seit Beginn der 1930er Jahre finden sich in Keynes' Publikationen sporadisch, aber sehr deutlich Äußerungen zu seiner Langfristperspektive. Ausführlicher wird er allerdings erst mit und nach der Veröffentlichung der „Allgemeinen Theorie“. Durch seine Präzision und Kürze der Langfristprognose sticht ein Text von 1943 (Keynes, 1980/1943) besonders hervor. Es handelt sich um eine Einschätzung der voraussichtlichen Beschäftigungsentwicklung nach Ende des Krieges, die Keynes im Rahmen seiner Beratungstätigkeit für die britische Regierung vorgelegt hat. Publiziert wurde der Text erst sehr viel später, was sicherlich einen Grund neben anderen darstellt, warum gerade dieser wichtige Text weitestgehend unbekannt blieb.

Unter den stillschweigenden Voraussetzungen, dass weder ein starkes Bevölkerungswachstum eintritt noch wieder ein „großer“ Krieg begonnen wird, prognostizierte Keynes drei deutlich unterscheidbare Entwicklungsphasen:

1. Wiederaufbau und Umstellung auf die Friedenswirtschaft. Inflationäre Übernachfrage sei das Hauptproblem, da die freiwilligen Investitionen die freiwillige Ersparnis erheblich übersteigen würden ($S_f < I_f$)⁴. Der Nachfragetheoretiker Keynes empfahl für die erste Phase, die Ersparnis zu fördern bzw. den Konsum zu beschränken! Hohe Wachstumsraten des BIP und der Beschäftigung seien zu erwarten
2. In der zweiten Phase würde sich auf relativ hohem Einkommensniveau ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht von freiwilliger Ersparnis und freiwilliger Investition noch ohne größere Staatsinterventionen ergeben ($S_f = I_f$); konjunkturelle Ausschläge ließen sich durch antizyklische Politik in erträglichem Ausmaß halten.
3. Schließlich werde aber in der dritten Phase das BIP-Wachstum infolge schwächerer Investitionen („saturation of investment“) auf Dauer soweit abnehmen, dass die Ersparnis auf dem Vollbeschäftigungsniveau nicht mehr absorbiert werde ($S_f > I_f$), so dass die Wachstumsraten des BIP hinter der Zunahme der Produktivität zurück blieben. Ohne eine sachgerechte Beschäftigungspolitik folgt daraus steigende Massenarbeitslosigkeit.

Es bedarf hier keiner detaillierten statistischen Zeitreihen zu Wachstum, Beschäftigung etc., um zu erkennen, dass die drei von Keynes prognostizierten Phasen im Großen und Ganzen dem historischen Wirtschaftsprozess in den reichen kapitalistischen Ländern zwischen 1945 und der Gegenwart entsprechen.

Die dritte Phase, die Stagnation, begann mit dem weltweiten Wachstumseinbruch der 1970er Jahre.

Es gibt zwar keine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs Stagnation, aber aus Keynesscher Sicht besteht das Wesen der Stagnation darin, dass mittels Wachstum keine Vollbeschäftigung mehr zu erreichen ist; es sei denn, wie erwähnt, durch Rüstung oder andere exzessive Verschwendung und Zerstörung mit anschließendem Wiederaufbau.

Keynes Empfehlungen – mensch mache sich nochmals klar, dass er sie 1943, mitten im Zweiten Weltkrieg formuliert hatte – gehen zwar nur teilweise über eine bloße Extrapolation der bekannten staatsinterventionistischen Maßnahmen zur Konjunkturglättung hinaus; aber die speziell als „stagnationspolitisch“ charakterisierbaren Handlungsvorgaben sind brisant – nicht nur für die herkömmliche Wirtschaftspolitik, sondern für den heute existierenden Kapitalismus, womit auch die „Systemfrage“ aufgeworfen wird, obgleich sich Keynes der politökonomischen Tragweite seines „Stagnationsmanagements“ anscheinend nicht bewusst gewesen ist:

1. Gleichmäßigere Kaufkraft- bzw.- Einkommensverteilung, um die Konsumquote zu erhöhen und problematischen Luxus- und Verschwendungskonsum der Oberschichten zu dämpfen, sinnvollen Konsum der breiten Bevölkerung hingegen zu steigern; dass in diesen Werturteilen über den Konsum die Keynessche Sozialethik durchschimmert, liegt auf der Hand, aber auch der bewusste Verzicht auf explizite Werturteile impliziert im Sinne des „sentire consentire est“ eine

4 S_f = freiwillige/geplante Ersparnis; I_f = freiwillige/geplante Investition

normative Stellungnahme durch Schweigen;

2. Ausdehnung des öffentlichen Bereichs zulasten des Privatsektors, also eine Anteilsverschiebung im Sinne des „Wagnerschen Gesetzes“ bzw. eine Korrektur im Sinn des Diktums von J. K. Galbraith über den privaten Reichtum und die öffentliche Armut; es versteht sich, dass diese dauerhafte Anteilsverschiebung nicht über Haushaltsdefizite finanziert werden kann/soll, sondern einen Anstieg der Steuerquote erfordert. Die vorübergehende antizyklische Defizitpolitik ist also gerade kein geeignetes Mittel gegen die anhaltende Stagnation.

Die beiden vorstehenden, verteilungspolitischen Maßnahmen werden jedoch die permanente Wachstumsschwäche bzw. Stagnation nicht beseitigen, so dass die traditionelle Formel „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ grundsätzlich ihre Gültigkeit einbüßt. Umso mehr als auf dem hohen Entwicklungsniveau der reichen kapitalistischen Ökonomien auch ein entsprechender Kapitalstock vorhanden ist, so dass tendenziell bereits die Ersatzinvestitionen genügen könnten, um weiteren technischen Fortschritt zu realisieren; die Nettoinvestitionsquote fällt somit auf ein historisches Tief, sofern überhaupt Nettoinvestitionen vorgenommen werden. Eine „Null-Akkumulation“ scheint aber auf Dauer kaum vereinbar mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu sein.

3. Deshalb sei drittens eine schrittweise Verminderung der Arbeitszeit bzw. des Arbeitskräfteangebotes unabdingbar.

Schon 1930 hatte Keynes aus damaliger Sicht die Vision formuliert, dass die Enkelgeneration, d. h. die arbeitsfähige Bevölkerung um das Jahr 2030 herum, eine 15-Stunden-Woche als normal erleben werde (Keynes, 1972/1930). Das erscheint zwar auch heute noch zu utopisch, aber wenn Keynes´ (und Jean Fourastiés 1954/1949 vorgelegte, gleich lautende) Stagnationsprognose in etwa zutrifft, so wird die Beschäftigungspolitik das Instrument Arbeitszeitverkürzung nutzen müssen, oder der Trend steigender Massenarbeitslosigkeit bleibt ungebrochen. Die arbeitsmarktpolitische Wirksamkeit von Arbeitszeitverkürzungen sollte inzwischen außer Zweifel stehen. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurfte, so wird er von der gegenwärtig in Deutschland und in geringerem Umfang auch in Österreich praktizierten Kurzarbeit geliefert (Schrinner, 2009). Um jedoch kein Missverständnis aufkommen zu lassen, sei darauf hingewiesen, dass mittels solch arbeitszeitbezogener Regelungen der Abbau von Arbeitsplätzen und damit der Anstieg der (statistischen) Arbeitslosigkeit zwar gebremst, eventuell auch verhindert werden kann, aber der an der Entwicklung des Arbeitsvolumens (= jährlich in einer Volkswirtschaft insgesamt geleisteten Arbeitsstunden) ablesbare Abwärtstrend der tatsächlichen Beschäftigung keineswegs gebrochen oder gar umgekehrt wird.

II. Die aktuellen Alternativen:

Wohlstand heute und Mangel übermorgen - oder Solidarität zwischen den Generationen?

Die wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitischen Fehlentwicklungen der vergangenen drei Jahrzehnte brachten die gegenwärtigen Krisen hervor – die große Wirtschaftskrise und die planetarische Megakrise. Die Versäumnisse der Vergangenheit sind irreversibel. Heute steht die menschliche Gesellschaft, insbesondere aber ihre reiche Minderheit in den hoch entwickelten westkapitalistischen Ländern, vor der historisch beispiellosen Entscheidung, einen fundamentalen Wandel im Lebensstil und damit auch in der Einstellung zum Wirtschaftswachstum einzuleiten oder aber den Fortgang des Krankheitsprozesses zu dulden, der in einer globalen Katastrophe münden wird (über die

Interdependenzen von Wirtschaft und planetarischen Entwicklungsprozessen vgl. insbesondere Meadows/Randers, 2008; Leggewie/Welzer, 2009).

Wie kam es zur großen Krise? -

Eine Keynesische Interpretation

Auf der Grundlage des Keynesischen Stagnationstheorems, also der theoretischen Begründung für die Verminderung des Wirtschaftswachstums hoch entwickelter kapitalistischer Ökonomien lässt sich eine plausible Deutung der Krisenentstehung entfalten. Erst wenn Klarheit darüber besteht, was versäumt und falsch gemacht wurde, lässt sich erkennen, wie eine *erfolgreiche Reformpolitik* unter heutigen Bedingungen gestaltet werden müsste; erkennen lässt sich dann auch, was im Rahmen der akuten Notstandsmaßnahmen gegenwärtig (schon wieder) in eine Sackgasse führt. Die gegenwärtige Krise *historisch* einzuordnen erfordert, etwas weiter zurück zu gehen – bis in die 1970er Jahre. Der weltweite Wachstumseinbruch Mitte der 1970er Jahre – ausgelöst durch die erste Ölpreissteigerung der OPEC – setzte, wie schon erwähnt, den Anfang einer neuen Phase. Entgegen der damals vorherrschenden Deutung, es handele sich um eine tiefe, aber doch zeitlich begrenzte Rezession, stellte sich bald heraus, dass die Wachstumsraten dauerhaft niedrig blieben; zu niedrig, um zur Vollbeschäftigung zurück zu führen. Zumindest in der Retrospektive lässt sich konstatieren, dass die dritte Periode des Keynesischen Ablaufschemas, die Stagnation, damals begonnen hatte. Eine problemgerechte Antwort seitens des Mainstream-Keynesianismus blieb, wie gesagt, aus. Das Feld wurde dem Neoliberalismus überlassen. Damit begann eine extreme Überliberalisierungspolitik. Sie ermöglichte erst die in den folgenden Jahrzehnten (ab 1980) zunehmende Divergenz zwischen realwirtschaftlichem Wachstum und spekulativen Finanztransaktionen. Im Zuge von Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung, kurz der forcierten Entstaatlichung zugunsten eines Neo-Laissez-faire, wurden auch die Schleusen für die ausufernde finanzkapitalistische Spekulation geöffnet. Diese so genannte „Finanzialisierung“ sog mehr und mehr Anlage suchendes Kapital an. Jedoch handelte es sich nicht mehr um die traditionellen Investitionen in Sachanlagen, sondern um Spekulationsgeschäfte. Gewinne wurden nicht mehr ausschließlich durch Zwischenschaltung von Mehrwert-*Produktion* erzielt, sondern durch simple Kredit- bzw. Giralgeldvermehrung:

Statt $G - P - G'$

kam es zu $G - G'$

(wobei $G < G'$)

Die Situation entsprach mehr und mehr der Keynesischen Metapher vom „Unternehmertum als Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation“. Diese in der „Allgemeinen Theorie“ formulierte Warnung fand leider keinen Niederschlag in Keynes' späterer Stagnationsprognose von 1943, sonst hätte er wohl erwägen müssen, dass und wie unter kapitalistischen Bedingungen eine realwirtschaftliche Stagnation dazu führen könnte, dass Rendite suchendes Kapital mangels „gesunder“ realwirtschaftlicher Investitionsmöglichkeiten mehr und mehr in Spekulationsgeschäfte fließt, wie es tatsächlich geschehen ist, und dass dieses Ausweichmanöver der Kapitalanleger eine gewisse Zeit lang das Offenbarwerden der realwirtschaftlichen Stagnation verzögern kann. Keynes meinte, dass „überflüssige“ Liquidität ausschließlich gehortet würde, also in der „Liquiditätsfalle“ verschwände. Das war aber nur zum Teil der Fall; der größere Teil der Liquidität floß in die Spekulation. Selbstverständlich löste die Finanzialisierung nicht das realwirtschaftliche Stagnationsproblem, wenn dieses auch für eine erstaunlich lange Zeit durch jene überdeckt wurde (hierzu sehr erhellend: Foster/Magdoff, 2009). Über die

vergangenen dreißig Jahre blieb – wie Keynes prognostiziert hatte – das BIP-Wachstum im Trend hinter der Produktivitätssteigerung zurück. Jedoch brachte die Spekulationswirtschaft als Begleiteffekt auch *realwirtschaftliches* Wachstum hervor, indem der Aufbau von Überkapazitäten und andere Fehlinvestitionen finanziert wurden. Heute, nachdem diese realwirtschaftliche Scheinblüte durch „Pseudoproduktionen“ (Zinn, 2009b) als solche offenkundig geworden ist, sind „Strukturanpassungen“ erforderlich; was leider u. a. bedeutet, Anlagen zu verschrotten und damit auch die daran hängenden Arbeitsplätze zu vernichten.

Wirtschaftsgeschichtliches Novum:

Das Kreditwachstum läuft der Geldmenge davon und finanziert die Spekulation

Wir haben es gegenwärtig insofern mit einer historisch völlig neuen, also beispiellosen Konstellation zu tun, als nämlich die Kreditvergabe des Finanzsektors während der vergangenen Jahrzehnte in einem zuvor unbekanntem Maße überproportional zur Geldmenge wuchs, was in in der Zeit vor Mitte des 20. Jahrhunderts noch nicht der Fall gewesen war (Schularick/Taylor 2009). Das Kreditwachstum überschritt seitdem bei weitem die Zunahme der realwirtschaftlichen Aktivitäten – Investition und Produktion. Die monetaristische Geldmengenfixierung der Zentralbanken machte sie blind für die eigentlich doch offenkundige Fehlentwicklung eines globalen Kreditbooms bei weit zurück bleibendem realen Wachstum. Dem kumulierten globalen Kreditvolumen standen seitdem keine entsprechenden realen, rentierlichen Sachwerte mehr gegenüber. Deshalb ist der größere Teil der sogenannten „toxischen Papiere“ völlig wertlos. Die aktuelle Verlagerung des Bankrott-Risikos von den Banken auf den Staat löst das Problem nicht, sondern lastet es den Steuerzahlern und den Gläubigern der Staatsschulden auf. In dieser Situation erscheint als kleineres Übel das Anwerfen der Geldpresse. In erheblichem Umfang haben dies die Zentralbanken auch praktiziert. Dies ist sozusagen der Preis dafür, dass sich die Zentralbanken in der Vergangenheit nicht um die ausufernde, mit Krediten finanzierte Spekulation und die verschiedenen Vermögensblasen gekümmert haben. Es wird jetzt darauf ankommen, den Finanzsektor rigoros zu regulieren. Dies heißt konkret, dafür zu sorgen, dass die Kredite wieder auf die Finanzierung der realwirtschaftlichen Aktivitäten beschränkt werden (Hankel, 2009). Weiterhin sollten die nur durch Staatsgeld geretteten Banken zu zeitlich gestreckter Rückzahlung der Staatshilfen gezwungen werden, was dann auch der ohnehin nur längerfristig möglichen Konsolidierung der Staatsfinanzen zugute käme. Beim Stichwort Staatsfinanzen sei die Bemerkung eingefügt, dass es sowohl wirtschaftspolitisch als auch aus moralischen Gründen notwendig sein wird, die Steuerquote(n) zu erhöhen und hierbei wieder rigoros das Leistungsfähigkeitsprinzip anzuwenden, also die Steuerprogression wenigstens auf frühere Niveaus zurück zu bringen. Gleiches gilt für die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Keynes hätte auch heute nichts dagegen, den Rentiers unfreundlich zu begegnen; aber erwägenswert wäre durchaus, die Erbschaftssteuersätze nach der Vermögens- und Einkommenslage der Erben zu differenzieren: Der arme Erbe würde weniger belastet als der reiche.

Keynesianische Politik hätte erfordert, die öffentliche Nachfrage *dauerhaft* zu erhöhen, was zum größeren Teil durch permanente Staatseinnahmen, also durch Steuern, hätte finanziert werden müssen. Die Masseneinkommen hätten dem Produktivitätswachstum folgen, die bereinigte Lohnquote und die sozialstaatlichen Leistungen zumindest stabilisiert werden müssen. Das Gegenteil wurde getan. Aus Keynesscher Sicht wurden also die aus der fundamentalen Wachstumsretardierung resultierenden Probleme durch

die praktizierte Wirtschaftspolitik noch verschärft.

Der Ausbruch der Finanzkrise war vorhersehbar. Hyman Minsky und die Baran-Sweezy-Schule haben neben Anderen seit den 1980er Jahren auf die sich zuspitzenden Probleme hingewiesen (Foster/Magdoff, 2009; Minsky, 1982; Müller, 2009; White, 2009), bekanntlich ohne bei Politik und Öffentlichkeit ein Echo zu finden.

Wenn jetzt mit mehr oder weniger Bereitschaft und Erfolg versucht wird, die Finanzkrise zu bereinigen, so wird damit zwar eine notwendige Bedingung zur Stabilisierung geschaffen, aber keine hinreichende. Zudem werden die staatlichen Hilfen zugunsten des Finanzsektors von der Bankenlobby gegängelt. Deshalb werden die Steuerzahler durch die staatliche „Bankenrettung“ weit stärker als notwendig belastet (werden), und der drohenden oder vielleicht auch schon akuten Kreditklemme, unter der die Realwirtschaft leidet, wurde nicht effizient begegnet.

Die gegenwärtige Krise stellt in gewisser Weise eine Doppelkrise dar: Finanzkrise und realwirtschaftliche Wachstumskrise. Selbst wenn es letztlich gelingt, die Finanzkrise zu bewältigen, so bleibt die realwirtschaftliche Stagnation als Problem bestehen. Momentan verstärken sich zudem beide Krisen noch gegenseitig. Zu erwarten, dass mit Überwindung der Finanzkrise auch die tiefer liegende realwirtschaftliche Stagnation überwunden wird, ist eine Illusion. Dazu sind viel weiterreichende Maßnahmen erforderlich, wie bereits dargelegt wurde.

Der aktuelle Klientel-Interventionismus widerspricht der Keyneschen Politik-Konzeption

In den vorhergehenden Ausführungen wurde schon mehrmals angedeutet, dass die akuten Notstandsmaßnahmen in vielen Fällen einer Keyneschen Politik nicht entsprechen, häufig sogar als klar anti-keynesianisch zu charakterisieren sind.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen nach dem September 2008 unterscheiden sich zwar fundamental vom Attentismus und den Fehlern der Wirtschaftspolitik nach 1929. Doch die damaligen Fehler nicht zu wiederholen, schließt leider nicht aus, das andere, neue Fehler begangen werden, So litten etwa die gegenwärtigen Staatsaktivitäten von Anfang an unter der Disproportion, dass für den Finanzsektor fast jede Summe verfügbar gemacht wurde, wohingegen die Realwirtschaft zu spät, quantitativ unzureichend und teilweise auch ineffizient, weil strukturkonservierend unterstützt wurde – und wird. Insbesondere fehlt(e) in Europa eine zu den USA oder gar der VR China vergleichbare Bereitschaft, durch staatliche Nachfragepolitik das Grundproblem der Krise, die realwirtschaftliche Wachstumsschwäche anzugehen. Auf dem „Finanzgipfel“ im April 2009 widersetzen sich vor allem Deutschland und Frankreich, ein globales „Konjunkturprogramm“ aufzulegen. Auch innerhalb der EU bzw. der EWU kam keine koordinierte, länderübergreifende Expansionspolitik zustande. Zudem stehen die tatsächlich ergriffenen Maßnahmen in etlichen Fällen in klarem Widerspruch zu den Keyneschen Vorstellungen, was in einer großen Krise Not tut: Einige Beispiele sollen das belegen:

- Sozialisierung von Verlusten des Finanzsektors sind kein Keynesches Rezept
- Der Verzicht, Banken zu verstaatlichen, die nur mit Staatshilfe überleben, widerspricht ebenfalls einer interventionistischen Position à la Keynes
- Das Gleiche gilt für die Nachlässigkeit bei Kontrollen der schon wieder aufblühenden Spekulation im Finanzsektor und ihren parasitären Begleiterscheinungen, den überhöhten Bonuszahlungen an die Spekulationsmanager
- Die Neugestaltung des internationalen Währungssystems und die Beseitigung der

- Zahlungsbilanzungleichgewichte sind kaum noch Themen für die G20-Gruppe
- Die bundesdeutsche Export-Weltmeister-Manie ist ungebrochen und scheint – wie in der Vergangenheit – wieder die so genannte Lohnzurückhaltung zu provozieren
 - Steuerpolitisch wird die Umverteilung von unten nach oben fortgeführt, womit die Massenkauftkraft weiterhin relative Einbuße erleidet
 - In Einzelfällen führt die Klientelpolitik zu völlig abstrusen Maßnahmen; so ist beispielsweise im so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der schwarz-gelben Berliner Regierung die Absenkung der Mehrwertsteuer für das Hotelgewerbe vorgesehen
 - Die Abwrackprämie – die euphemistische Originalbezeichnung „Umweltprämie“ ließ sich dann doch nicht popularisieren - hat, wie von Kritikern vorhergesehen, etliche kontraproduktive Folgen: verstärkter Absatzeinbruch der Kfz-Industrie nach Auslaufen der Prämie; Hinausschieben des unvermeidlichen Kapazitätsabbaus; Wertvernichtung großen Ausmaßes (etliche „Schrottfahrzeuge“ hätten noch Jahre ihren Dienst getan) und damit verbundene Umweltbelastung im Sinn des „ökologischen Fußabdrucks“ der *Gesamtfahrstrecke* über einen längeren Zeitraum von 20, 30 oder mehr Jahren; zumindest stellt sich die Frage, ob die mögliche Verringerung von Kraftstoffverbrauch und Umweltbelastung infolge der subventionierten Substitution „alt“ durch „neu“ jene negativen Umwelteffekte der „vorzeitigen“ Neuanschaffung eines Kfzs kompensiert;
 - Fortführung der Privatisierungspolitik und infolge der empor schießenden Haushaltsdefizite (insbesondere auch bei den wichtigsten öffentlichen Investoren, den Kommunen) noch verstärkter Privatisierungsdruck sowie erneute Einsparungen bei den öffentlichen Leistungen, nicht zuletzt den besonders zukunfts wichtigen wie Bildung und Gesundheit

Die Liste ließe sich verlängern, aber es sollte nur auf die Differenz zwischen Keyneschem Interventionismus und einigen gegenwärtig praktizierten wirtschaftspolitischen Hilfsaktionen der Regierungen hingewiesen werden.

Keynesianismus und die planetarische Megakrise

In den vorhergehenden Überlegungen wurde die gegenwärtige Krise als Doppelkrise des Finanzsektors und der Realwirtschaft charakterisiert, aber heute über DIE Krise zu reden, kann nicht davon abstrahieren, dass sich seit Jahrzehnten eine planetarische Megakrise abzeichnet: Klima, Umwelt, Energie und generell erschöpfbare Ressourcen sind einige der einschlägigen Stichworte. Die Frage ist so offenkundig, dass sie trivial erscheinen mag: Könnte in dieser Lage ein neuer, länger anhaltender Wirtschaftsaufschwung durch die ökologische Sanierung im umfassenden Sinn eingeleitet werden? Entkarbonisierung bzw. Wechsel der Energieversorgung zu erneuerbaren Energien; Umweltschutzpolitik durch Einsparung des Verbrauchs erschöpfbarer Naturressourcen, Recycling und dergleichen mehr. Die Befürworter dieser Strategie plädieren zwar für ein anderes Wachstum, wollen aber gerade auf diesem Weg hohe Wachstumsraten erzielen. Dahinter steht die traditionelle Vorstellung, Wachstum sei unverzichtbar, um das Beschäftigungsproblem zu lösen. Über einen mittleren Zeitraum mag diese Strategie aufgehen. Doch ein bis zwei Generationen später, stößt sie erneut an Wachstumsbarrieren. Zudem ist fraglich, ob nicht auch ein „grünes Wachstum“ noch zu viel Schaden anrichtet, um dem Nachhaltigkeitsgebot zu genügen. Der schwedische Ökonom Knut Wicksell, einer der herausragenden Wirtschaftstheoretiker des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, hatte in einem wenig beachteten Aufsatz 1907 lapidar auf die Tatsache

hingewiesen, dass endloses Wachstum nur als eine aus der Unternehmensperspektive, also von der mikroökonomischen Warte aus sinnvolle Erwartung gelten kann, aber für die Gesamtwirtschaft bzw. Weltwirtschaft ist das blanker Schwachsinn, und auch der technische Fortschritt werde nicht in der Lage sein, die von der Natur gezogenen absoluten Wachstumsgrenzen zu beseitigen:

„Nach allgemeiner Ansicht ist nichts einfacher, als die Produktion auszudehnen, vorausgesetzt sie lässt sich profitabel verkaufen. Für die Volkswirtschaft hingegen stellt eine allgemeine Produktionssteigerung als schwierig dar und - auf lange Sicht - handelt es sich um eine unlösbare Aufgabe. Denn das Bevölkerungswachstum per se bedeutet ja lediglich, dass nur ein Produktionsfaktor quantitativ zunimmt, nämlich Arbeit (oder bestenfalls Arbeit und Kapital), wohingegen der andere Produktionsfaktor, die verfügbare Menge natürlicher Ressourcen, unverändert bleibt. Die Sache stellt sich so dar, als würde jemand versuchen, eine unbegrenzte Zahl von Menschen einfach dadurch mit ein und derselben Menge Haferbrei zu ernähren, indem immer mehr Löffel verteilt werden“.⁵

Die radikalere Alternative zum „grünen Wachstum“ besteht hingegen darin, sich mit der Stagnation abzufinden, den Lebensstil grundsätzlich zu verändern und die Wirtschaft dahingehend umzustrukturieren, dass höchstmögliche ökologische Verträglichkeit erreicht wird. Nicht *mehr* von allem, sondern *Substitution* der katastrophenträchtigen durch nachhaltige Produktionen. Nachhaltigkeit erfordert beispielsweise die Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit von Gebrauchsgütern zu verbessern, den Individualverkehr zugunsten öffentlicher Verkehrssysteme zurück zu drängen, Gütertransporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern und dergleichen mehr. Alles dies bewirkt mittel- bis langfristig eher Wachstumsreduktion als Wachstumssteigerung. Auf eine knappe Formel gepackt: Ökologische Umstellung des Konsums und damit auch die ökologische Umstrukturierung von Produktion und Investition und statt weiteren Wachstums kürzere Arbeitszeit. Klaus Töpfer, der langjährige Leiter des UN-Umweltprogramms und heute Direktor des Potsdamer „Instituts für Klimawandel, Erdsystem und Nachhaltigkeit“ äußerte sich vor kurzem in einem Presse-Artikel:

„Es muss kritisch gefragt werden, ob das ´Bruttosozialprodukt´ als Indikator für Wohlstand und Wachstum wirklich noch leistungsfähig ist. So wichtig Technologien und

5 „According to the vulgar view, nothing is easier than to increase production, provided one has sufficient and profitable sales. But, of course, this is actually true only from the private business standpoint. For the economy as a whole, on the contrary, a general increase of production is a most difficult and, in the long run, an insoluble problem. For an increase in population *per se* involves a corresponding increase of only *one* factor of production, namely labour (or at the most labour and capital), while the other factor, the available quantity of natural resources, remains unchanged. It is as if someone tried to serve a limitless number of persons from one and the same pot of porridge simply by giving them a corresponding number of *spoons*. It takes more than that if production shall not hopelessly fall victim to the law of *diminishing returns*; there must be *discoveries* and *inventions*, technical and commercial improvements, *new methods*, to outwit nature and obtain from her treasures in ever increasing measure. Now, if one only looks at the number of patent applications granted, then there is no lack of inventions, but the great, epochmaking innovations, which substantially raise humanity's ability to produce, are palpably less frequent. And even if an invention gives rise to a whole train of others whereby it is elaborated and supplemented, then it is no less the case than a successful invention actually closes the road for others in the same field.“ Siehe Wicksell 1958/1907, S. 66.

Effizienzen sind, so notwendig ist es und wird es in Zukunft sein, auch unseren Lebensstil zu befragen“ (Töpfer, 2009).

Bei Vielen rennt Töpfer mit seiner diplomatisch formulierten Wachstumskritik offene Türen ein, aber die Mehrheit – insbesondere die Mehrheit der politischen Klasse und der Angehörigen der wirtschaftlichen Funktionselite – sind leise oder auch laute Gegner der ökologisch motivierten Wachstumskritik. Symptomatisch die Namensgebung des von der deutschen schwarz-gelben Bundesregierung ausgeworfenen Rettungsringes für die krisengeschüttelte Wirtschaft, des bereits erwähnten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“. Nach Einschätzung seiner Kritiker handelt es sich tatsächlich um ein Wachstumsbehinderungsgesetz, was insofern nicht verwundern sollte, als dieses Gesetz unter dem Einfluss jener neoliberalen Kräfte entstand, die für die große Wirtschaftskrise wesentliche Mitverantwortung tragen.

Ökologisch motivierte Wachstumsreduktion und Keynes' Stagnationstheorem ergänzen sich – auf ideale Weise (Zinn, 2009a). Aus Keynesscher Sicht bedeutet Stagnation für die reichen Gesellschaften keineswegs Verzicht auf Wohlstands- bzw. Glückszunahmen. Im Gegenteil stützen die Forschungsergebnisse der jüngeren Glücksökonomie die These, dass weiteres Wachstum das Wohlstandsniveau sinken lässt, ja dass die Gegenläufigkeit von Wohlstand und Wachstum bereits in den vergangenen Jahrzehnten eingetreten war. Der US-Ökonom Richard Easterlin hatte schon 1974 (Easterlin, 1974) darauf hingewiesen, dass die steigenden Einkommen in den USA seit den 1950er Jahren kaum noch ein Zunahme des Glücks bzw. der Zufriedenheit der Menschen bewirkten. Es hat allerdings bis in die 1990er Jahre gedauert, ehe das „Easterlin-Paradoxon“ breitere Aufmerksamkeit bei den Ökonomen fand.

Vollbeschäftigung und Wohlstand bei niedrigem Wachstum, gar völliger Stagnation in den reichen Volkswirtschaften wäre ein herausragender Beitrag zur Lösung der globalen Probleme. Herausragend in dreifachem Sinn: Erstens würde mit dem Ende des Wachstums wohl der wirkungsvollste Beitrag zur Klima- und Umweltpolitik geleistet. Zweitens bedeutete Wachstumsverzicht der reichen Volkswirtschaften, dass den Milliarden Menschen, die in Armut leben, weitaus bessere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet würden, als wenn die Reichen wie bisher immer noch reicher zu werden versuchen⁶. Drittens würde damit aber auch eine moralisch gebotene Verpflichtung des Westens erfüllt. Der aus altem und neuen Kolonialismus gespeiste „Hass gegen den Westen“, um den Titel eines jüngst erschienenen Buches von Jean Ziegler (Ziegler, 2009) zu zitieren, könnte sich legen; womit die gegenwärtigen Konflikte entschärft und Gründe für künftig mögliche Kriege entfallen würden. Wem das alles zu utopisch, gar phantastisch klingt, der möge bedenken, dass die Menschheit vor einer historisch beispiellosen Herausforderung steht. Wenn sie sie nicht bewältigt, werden die nächsten Generationen eine Welt erleben, die das blutige 20. Jahrhundert als idyllisch erscheinen lassen könnte.

6 Die Bevölkerung der reichen Volkswirtschaften – etwa deckungsgleich mit der OECD – umfasste 2007 14.8 % der Weltbevölkerung, verfügte aber – bei extrem ungleicher Verteilung – über 59.3 % des globalen Bruttoinlandsproduktes. Der Bevölkerungsanteil der (heutigen) OECD-Länder wird weiter sinken. Es ist weder moralisch zu rechtfertigen, noch politisch zu erwarten, dass sich die 85.2 Prozent der Weltbevölkerung, die sich gegenwärtig noch mit 40.7 % des globalen BIP abspeisen lassen muss, diese Schieflage auch weiterhin hinnehmen wird. Zu den Zahlenangaben vgl. UNDP 2009, 226, 230).

Keynes

und die planetarische Megakrise

Selbstverständlich wirft die Stagnation die Frage auf, ob dauerhaft geringes oder ganz ausbleibendes Wachstum noch mit kapitalistischen Verhältnissen vereinbar ist. Denn ohne Wachstum bedarf es auch kaum noch Nettoinvestitionen, d. h. der Akkumulationsprozess käme zum Stillstand. Der Strukturwandel würde eine andere Funktion erfüllen. In der Vergangenheit diente der Strukturwandel dem fortlaufenden Wachstum; er war notwendig, wenn auch nicht hinreichende Bedingung dafür. Künftig wird es darum gehen, Strukturwandel zugunsten der Stabilisierung des Erreichten und für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zu nutzen. Machen wir uns klar, dass neue Technologien und der Innovationsprozess eben nicht mehr der Output-Steigerung, sondern der Nachhaltigkeit der Produktion zu dienen haben werden. Nicht Kohlekraftwerke *plus* erneuerbare Energien, sondern erneuerbare Energien *statt* Kohlekraftwerke. Diese Veränderungen sind mit Marktallokation und Marktkonkurrenz nicht nur vereinbar, sondern müssen sie instrumentalisieren, um möglichst schnell und effizient realisiert zu werden. Vielleicht besteht ein Antagonismus zwischen Stagnation und kapitalistischer Produktionsweise, aber gewiss keiner zwischen Stagnation und Marktkonkurrenz.

Die zukunftsbezogenen Überlegungen sollen hier nicht weiter ausgeführt werden. Es ging nur um die Plausibilisierung, dass die Keynesische Theorie sehr viel weitergehende politische Konsequenzen hat, als vom Mainstream-Keynesianismus erkannt wurde, gar vom Mimikry-Keynesianismus der temporär abgetauchten Neoliberalen auch nur in Erwägung gezogen wird. Und es sollte deutlich gemacht werden, dass die heutigen Bedingungen nicht nur durch die große Wirtschaftskrise und ihre lange Vorlaufphase bestimmt sind, sondern zu diesen Bedingungen auch die Handlungserfordernisse gehören, die sich aus der planetarischen Megakrise herleiten.

III. Abschlussbemerkung

Die vorstehenden Ausführungen, insbesondere der letzte Abschnitt, weisen über die Keynesische Theorie im engeren Sinn hinaus. Keynes verstand Ökonomie aber als ein historisches Erkenntnisobjekt, und er verband seine ökonomische Analyse mit politischen, sozialethischen und psychologischen Einsichten und Einschätzungen. Auf dieser Linie zu argumentieren, ist gerade in der heutigen Weltlage notwendig. Es wäre naiv anzunehmen, Keynes hätte sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht auch jener Megakrise zugewandt und seine wirtschaftstheoretischen Einsichten auf dieses Problemfeld ausgedehnt.

Klimawandel, Verknappung natürlicher Ressourcen und Umweltzerstörung spielten zwar in den Zukunftsvorstellungen von Keynes und seinen Zeitgenossen noch keine, jedenfalls keine auffällige Rolle. Das ist heute aber ganz anders, weshalb ein aktueller Keynesianismus mehr als bloße Reproduktion bereits praktizierter Lösungsmuster sein sollte. Strukturelle Veränderungen in großem Ausmaß werden erforderlich. Die Verbrauchsgewohnheiten und damit auch die dem Verbrauch vorgelagerten Produktionen und Investitionen müssen zugunsten von Umwelt, Klimaschutz, erneuerbaren Energien, Einsparung und Recycling knapper Naturgüter und dergleichen Nachhaltigkeitsgeboten umgestellt werden. Zu einem erheblichen Teil mag dies mittels marktformen Maßnahmen, nämlich Steuern, Abgaben, Emissionsrechten und dergleichen gelingen; jedoch darf nicht die Marktkonformität eines Instruments entscheidend sein, sondern seine Wirksamkeit (Aghion/Veugelers, 2009).

Wenn die Tragweite dieser Erfordernisse bewusst wird, so besteht auch kein Zweifel

daran, dass die beiden traditionellen Keynes'schen Postulate, gleichmäßigere Verteilung und Steigerung des Staatsanteils am BIP, unverzichtbar bleiben.

Die gegenwärtige Krise – so hoffen alte und neue Kritiker der marktradikalistischen Ära der vergangenen drei Jahrzehnte – könnte den Anfang für jene fundamentalen Veränderungen einleiten, die notwendig sind. Jedoch überdauern bisher die alten Machtverhältnisse. Damit bleiben auch die in der Politik vor der Krise einflussreichen Interessen weiterhin bestimmend. Der Versuch, stillschweigend zum „Business as usual“ zurückzukehren, lässt sich nicht mehr übersehen. Die Funktionsebenen benutzen oder missbrauchen den Namen Keynes, um eine teils anti-keynesianische Politik reputierlich erscheinen zu lassen. Alter Wein in neuen Schläuchen, sagt der Volksmund dazu, falls ihm nicht Augen und Ohren mit Propaganda verkleistert und schließlich das Maul gestopft werden. Die Krise zu überwinden und vor allem eine nächste Krise zu vermeiden, wird zwar nur gelingen, wenn die Keynes'sche Stagnations-Rezeptur politisch leitend wird, aber das erfordert eine Art Kulturrevolution. Dafür scheint die Zeit noch nicht reif zu sein. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, dass statt rechtzeitiger Reformen à la Keynes in zwei bis drei Jahrzehnten ein völliger Zusammenbruch des nordatlantischen Kapitalismus stattfindet – mit durchaus vorstellbaren Folgen, über die heute zu sprechen, jedoch einem hoffnungsvollen Jahresbeginn zuwider liefe.

Literatur

- Abelshäuser, Werner, Der Kulturkampf geht weiter, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 62, Dezember 2009 (Schwerpunktheft: Nach dem Crash – Soziale Folgen der Finanzmarktkrise), S. 692-695.
- Aghion, Philippe/Veugelers, Reinhilde, Die Freiheit von den Fesseln der Verschwendung, in: Handelsblatt, Nr.240, 11. Dezember 2009, S. 8f.
- Balsen, Werner/Salzmänn, Bernd, Tobin-Steuer in der EU salonfähig, in:Frankfurter Rundschau, J.g 65, Nr. 289, 12./13. Dezember 2009, S. 15.
- Barens, Ingo/Caspari, Volker, Hg., Das IS-LM-Modell. Entstehung und Wandel, Marburg 1994.
- Barraclough, Geoffrey, The Keynesian Era in Perspektive, in: Skidelsky, 1977, S. 104-111.
- Bergius, Michael/Salzmänn, Bernd, Die Banken werden weiter gepöppelt, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 65, Nr. 280, 2. November 2009, S. 14.
- Colander et al. (2008) = Colander, David/Föllmer, Hans/Goldberg, Michael/Haas, Armin/Juselius, Katarina/Kirman, Alan/Lux, Thomas/Sloth, Brigitte (2008): The Financial Crisis and the Systemic Failure of Academic Economics. Opinion paper 98. Dahlem Workshop, http://www.debtdeflation.com/blogs/wp-content/uploads/papers/Dahlem_Report_EconCrisis021809.pdf; Zugriff 3. April 2009.
- Crouch, Colin, Postdemokratie, Frankfurt/M 2008.
- Düllien, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian, Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld 2009.
- Easterlin, Richard, Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence, in: David, Paul/Reder, Melvin W., Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramovitz, New-York-London 1974, S. 98-125.
- Eberle, Matthias, Fiat-Chef sieht schwarz für Europa, in:Handelsblatt, Nr. 237, 8. Dezember 2009, S. 21.
- Eichner, Alfred S., Hg., Über Keynes hinaus. Eine Einführung in die postkeynesianische

- Ökonomie (1979), Köln 1982.
- Foster, John Bellamy/Magdoff, Fred, the Great Financial Crisis. Causes and Consequences, New York 2009.
- Fourastié, Jean, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts (1949), Köln-Deutz 1954.
- Gornig, Martin/Weber, Sebastian, Bauwirtschaft: Konjunkturprogramme zeigen Wirkung, in: DIW Wochenbericht, Nr. 47/2009, vom 18. November 2009, S. 812-820.
- Hankel, Wilhelm, Illusionäres Krisenmanagement, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 65, Nr. 176, 1./2. August 2009, S. 20.
- Heilbroner, Robert L., Behind the Veil of Economics. Essays in the Wordly Philosophy, New York-London 1988.
- Heilmann, Dirk, Die Wirtschaftsmächte fallen in alte Verhaltensmuster zurück, in: Handelsblatt, Nr. 239, 10. Dezember 2009, S. 8.
- Heß, Dorit/Schrinner, Axel, Abwrackprämie wird jetzt umgekehrt, in: Handelsblatt, Nr. 237, 8. Dezember 2009, S. 14.
- Heusinger, Robert von, Es brennt schon wieder, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 65, Nr. 287, 10. Dezember 2009, S.13.
- Hicks, John Richard, Mr. Keynes and the 'Classics': A Suggested Interpretation, in: *Econometrica*, Bd. 5, 1937, S.147-159.
- Keynes, 1925, John Maynard, Am I A Liberal?, in: JMK, Collected Writings, Bd. 9, London-Basingstoke 1972, S. 295-306 (deutsch in: Mattfeld, 1985, 86-95).
- Keynes, 1926, John Maynard, The End of Laissez-faire, in: JMK, Collected Writings, Bd. 9, London-Basingstoke 1972, S. 272-294 (deutsch in: Mattfeld, 1985, 96-116).
- Keynes, 1930, John Maynard, Economic Possibilities for our Grandchildren, in: JMK, Collected Writings, Bd. 9, London-Basingstoke 1972, S. 321-332 (deutsch in: Reuter, 2007, 135-148).
- Keynes, 1933a, John Maynard, 3 The Characteristics of an Entrepreneur Economy (A draft of chapter 3 from the last draft 1933 table of contents) in: JMK, Collected Writings, 29, London-Basingstoke 1979, S. 87-101.
- Keynes, 1933b, John Maynard, Fragment from a draft on meanings of saving. 1933, in: JMK, Collected Writing, 29, London-Basingstoke 1979, S. 102-11.
- Keynes, 1937, John Maynard, Some Economic Consequences of a Declining Population, in: JMK, Collected Writings, Bd. 14, London-Basingstoke 1973, S. 124-133.
- Keynes, 1943, John Maynard, The Long-Term Problem of Full Employment, in: JMK, Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S. 320-325 (deutsch in: Reuter, 2007, 159-164) .
- Keynes, 2006/1936, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 10. , verbesserte A., Berlin.
- Keynes, 27A, John Maynard, To Sir Wilfrid Eady and others, in: JMK, Collected Writing, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S.359-361.
- Krämer, Hagen, Wen beglückt das BIP?, in: *Wiso direkt. Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*, hg. v. Der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2009.
- Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung – spezial. Klima, Berlin 2009
- Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung. Sehen und verstehen, was die Welt bewegt, Berlin 2009.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald, Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt/M 2009.
- Mattfeld, Harald, Keynes. Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985.
- Meadows, Donella/Randers, Jørgen/Meadows, Dennis, Limits to Growth. The 30-year Update, London-Sterling, Va (2005), 2008.

- Minsky, Hyman (1982): Can „It“ Happen Again? Essays on Instability and Finance, Armonk, NY.
- Minsky, Hyman (1992): The Financial Instability Hypothesis. Levy Economics Institute Working Paper 74, Bard College, Annandale-on-Hudson, NY .
- Minsky, Hyman (1996): Uncertainty and the Institutional Structure of Capitalist Economies. Journal of Economic Issues 30, Nr. 2 (Juni), S. 357-368.
- Minsky, Hyman P., John Maynard Keynes. Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus (1975), Marburg 1990.
- Müller, Hans Christian (2009): Ökonomen huldigen Propheten des Untergangs. Hyman Minsky war mit seinen Thesen stets ein Außenseiter unter den Ökonomen. Doch die Finanzkrise hat ihn posthum zum Star gemacht. Handelsblatt, Nr. 246, 21. Dezember 2009, S. 18f.
- OECD, 19/11/2009, Recovery still too timid to halt rising unemployment, says OECD Economic Outlook, siehe Website der OECD.
- Osman, Yasmin/Heß, Dorit, Banken knausern mit den Krediten, in: Handelsblatt, Nr.234, 3. Dezember 2009, S. 38.
- Polimeni, John M./Mayumi, Kozo/Giampietre, Mario/Alcott, Blake, The Myth of Ressource Efficiency. The Jevons Paradox, London/Sterling,VA 2009.
- Postkeynesianismus. Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Straffa, Marburg 1987.
- Powell, Bill, 5 Things the U.S. Can Learn from China, in: Time, vol. 174, no. 20, 23. November 2009, s.28-35.
- Reuter, Norbert, Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, 2. A., Marburg 2007.
- Reuter, Norbert, Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg 2000.
- Schrinner, Axel, die Kurzarbeit stabilisiert den deutschen Arbeitsmarkt, in: Handelsblatt, Nr. 233, 2. Dezember 2009, S. 16f.
- Schularick, Moritz/Taylor, Alan M., Credit Booms Gone Bust: Monetary Policy, Leverage Cycles and Financial Crises 1870-2008, National Bureau of Economic Research, Working Paper 15512, November 2009 (<http://www.nber.org/papers/w15512>)
- Skidelsky, Robert, Hg., The End of the Keynesian Era, London-Basingstoke 1977.
- Söderbaum, Peter, Understanding Sustainably Economics. Towards Pluralism in Economics, London-Sterling, VA 2008.
- Stock, Oliver, Die Rückkehr der Jongleure. Bei Goldman Sachs und ihren Konkurrenten ist nicht alles Gold, was glänzt, in: Handelsblatt, Nr. 134, 16. Juli 2009, S. 6.
- Tjaden, Karl Hermann, Arroganz und Exploitation. Menschen und ihre Um- und Mitlebewelten im Prozeß der west-europäischen Zivilisation, in: Thomas Mies/Karl Hermann Tjaden, Hrsg., Gesellschaft, Herrschaft und Bewußtsein. Symbolische Gewalt und das Elend der Zivilisation, Kassel 2009, S. 40-130.
- Töpfer, Klaus, Schmelzendes Eis, in: Frankfurter Rundschau, Jg.65, Nr. 284, 7. Dez. 2009, S. 11.
- UNDP 2009 = United Nations Development Program (Hrsg.), Bericht über die menschliche Entwicklung. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung, Berlin:Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 2009.
- White, William, Modern Macroeconomics Is on the Wrong Track, in: Finance &

- Development, Dezember 2009, S. 15-18.
- Wicksell, 1958/1907, Knut, The Enigma of Business Cycles (1907), Wiederabdruck in: International Economic Papers, Nr. 3, 1958, S. 58-74.
- Wiebe, Frank, Mehr Vorsicht auf der Achterbahn der Märkte, in: Handelsblatt, Nr.235, 4. Dezember 2009, S. 10f.
- Wirtschaftslage11/09 = Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2009, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht November 2009, S. 5-81.
- Ziegler, Jean, Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren (2008), München 2009.
- Zinn, 2009a, Karl Georg, Sättigung oder zwei Grenzen des Wachstums, in: Monde diplomatique, Jg.15, Juli 2009, S. 10f.
- Zinn, 2009b, Karl Georg, Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte. Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen, in: Elmar Altvater et al., Krisen-Analysen, Hamburg 2009, S. 119-145.
- Zinn, Karl Georg, Die Keynesische Alternative, Hamburg 2008.

Zusammenfassung

Die staatlichen Interventionen nach Ausbruch der Krise werden zwar als Rückkehr zu keynesianischer Wirtschaftspolitik verstanden, aber bisher ist damit weder eine grundsätzliche Abkehr von den neoliberalistischen Systemstrukturen verbunden, noch lässt sich klar identifizieren, „welcher“ Keynesianismus denn praktiziert wird. Denn unter dem Oberbegriff „Keynesianismus“ finden sich unterschiedliche Strömungen, die allerdings wichtige Gemeinsamkeiten aufweisen. Leider gehört dazu auch das gemeinsame Problem der (meisten) Keynesianer, die Keynesische Langfristanalyse des Kapitalismus und die darauf basierende Prognose des Übergangs zur Stagnation i. S. nachlassenden Wachstums ausgeblendet zu haben. Mangels der Rezeption der wachstumsskeptischen Komponenten der Keynesischen Theorie durch den „Mainstream-Keynesianismus“ bleibt auch die keynesianische Ursachenanalyse der Krise unzulänglich, was sich in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus von Anfang an als Schwachpunkt erwies. Im vorliegenden Text wird versucht, die genannten Defizite zu verdeutlichen und kurz zu referieren, was von dem „unbekannten Keynes“ für die aktuelle Situation besonders aufschlussreich erscheint und für eine erfolgreiche, zukunftsweisende Beschäftigungspolitik erforderlich sein wird.